

# STATISTISCHE BERICHTE



Herausgeber: Statistisches Bundesamt / Wiesbaden

Arb.Nr.VII/3/9

Erschienen am: 3. 5. 1952

## Aufgaben- und Lastenverteilung im Polizeiwesen

<u>Inhalt</u>	<u>Seite</u>
<u>I. Organisatorischer Aufbau und Aufgabenverteilung</u>	
1. Wandlung des Begriffs und Änderung des Aufgabenbereiches der Polizei .....	2
2. Zuständigkeit des Bundes .....	2
3. Britische Zone	
a) Organisatorischer Aufbau und Zuständigkeit der Polizei .....	3
b) Besondere Einrichtungen .....	4
4. Amerikanische Zone	
a) Der Aufbau der kommunalen Polizei .....	4
b) Der Aufbau der Landespolizei .....	5
c) Besondere Einrichtungen .....	5
5. Organisation und Aufgabenverteilung in der französischen Zone .....	5
<u>II. Lastenverteilung</u>	
1. Allgemeine Übersicht .....	6
2. Die Lastenverteilung in der britischen Zone	
a) Verteilung der Polizeikosten auf Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände .....	7
b) Umlegung des Kreisanteils .....	7
3. Die Lastenverteilung im übrigen Bundesgebiet .....	8
4. Die Versorgungslasten .....	8
<u>III. Ausgaben, Einnahmen und Zuschussbedarf der Gebietskörperschaften für die Vollzugspolizei in den Rechnungsjahren 1948 und 1949</u>	
1. Die Ausgaben der Länder und Gemeinden (Gv) .....	9
2. Der Zuweisungsverkehr .....	11
3. Die speziellen Deckungsmittel .....	13
4. Der Zuschussbedarf .....	13
Anhang: Das Ordnungswesen .....	14
<u>IV. Tabellarische Übersichten</u>	

Schon vor dem Kriege bestanden zwischen den einzelnen Ländern erhebliche Unterschiede in der Verteilung der öffentlichen Aufgaben und Lasten auf die Gebietskörperschaften. Diese Unterschiede haben sich im Zuge der staatlichen Neuordnung nach 1945 noch vergrößert. Sie beeinflussen nicht nur die Verwaltungsarbeit an sich, sondern wirken sich in erheblichem Umfange auch auf die Einnahmen und Ausgaben der Gebietskörperschaften der einzelnen Länder und ihre Vergleichbarkeit aus.

Im Polizeiwesen, auf dessen Umgestaltung die Besatzungsbehörden in besonderem Masse einwirkten, lässt die jetzige Verteilung der Aufgaben und Lasten kaum noch einheitliche Züge erkennen. Da das Polizeiwesen in den öffentlichen Haushalten eine beachtliche Rolle spielt, ist es für die Auswertung und Beurteilung der finanzstatistischen Ergebnisse unerlässlich, die wichtigsten Unterschiede von Zone zu Zone und Land zu Land - unter dem Gesichtspunkt ihrer finanziellen Auswirkungen zu kennen.

Diesem Zweck dient dieser im Rahmen der Finanzstatistik entstandene Bericht.

## I. Organisatorischer Aufbau und Aufgabenverteilung

### 1. Wandlung des Begriffs und Änderung des Aufgabenbereiches der Polizei

Während sich der französische Polizeibegriff inhaltlich mit dem deutschen nahezu deckt, versteht man in den angelsächsischen Ländern unter Polizei nur die - in der Regel uniformierten - Polizeiverbände, die unabhängig von den Verwaltungsbehörden den Schutz des einzelnen und der ihm gesetzmässig zustehenden Rechte - insbesondere des Lebens, der Freiheit und des Eigentums - sichern. Durch die Übernahme angelsächsischer Grundsätze wurde für die deutsche Verwaltung nach dem letzten Kriege ein neuer Begriff der "öffentlichen Sicherheit und Ordnung" geschaffen. Der überkommene deutsche Polizeibegriff wurde dahin abgewandelt, dass man unter Polizei im formellen Sinne nur noch den Polizeieuxekutivdienst versteht, und die Bezeichnung "Polizei" für die gefahrenabwehrenden Aufgaben der Verwaltung nicht mehr anwendbar ist.

Nach den Richtlinien der englischen und amerikanischen Besatzungsbehörden gehört in Übereinstimmung mit dieser Begriffsformulierung zu den Aufgaben der Polizei die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit und die Verhütung und Entdeckung von Straftaten. Aufgaben, die hiermit nicht in unmittelbarem Zusammenhang stehen, sind dem polizeilichen Tätigkeitsgebiet entzogen. In der französischen Besatzungszone hat sich der Aufgabenkreis der Polizei nach dem Zusammenbruch nicht wesentlich geändert.

### 2. Zuständigkeit des Bundes

Dem Bund ist nach dem GG neben legislativen Zuständigkeiten die Errichtung folgender Behörden auf dem Gebiet des Polizeiwesens vorbehalten:

- a) der Grenzschutzbehörden
- b) der Zentralstelle für das polizeiliche Auskunfts- und Nachrichtenwesen zur Sammlung von Unterlagen für Zwecke des Verfassungsschutzes und für die Kriminalpolizei.

Für die Errichtung von Bundesgrenzschutzbehörden ist durch Bundesgesetz vom 16.3.1951 die Grundlage geschaffen worden. Die Errichtung eines Bundeskriminalpolizeiamtes wurde durch Gesetz vom 8.3.1951 (BGBl. 165) angeordnet. Ausserdem zog die Hohe Alliierte Kommission Ende 1950 den im "Polizeibrief" enthaltenen Vorbehalt bezüglich der Bahnpolizei zurück, so dass diese dem Aufbau der Bundesbahn entsprechend auf Bundesebene organisiert und dem Bundesverkehrsministerium unterstellt werden konnte. Auch der im Genehmigungsschreiben der Militärgouverneure zum GG vom 12.5.1949 enthaltene Vorbehalt gegen die Inkraftsetzung des Art. 91/2 GG wurde zurückgenommen und so dem Bunde der Weg für die Zusammenfassung von Polizeikräften im Falle eines Notstandes freigegeben.

Die Bereitschaftspolizei ist eine Länderpolizei; der Bund ist an ihrer Schaffung im Hinblick auf die Möglichkeiten des Art. 91/2 interessiert.

### 3. Britische Zone

#### a) Organisatorischer Aufbau und Zuständigkeit der Polizei

Die britische hat stärker als die anderen westlichen Besatzungsmächte in die Organisation des deutschen Polizeiwesens eingegriffen. Auf die Finanzwirtschaft der Gebietskörperschaften wirkten sich insbesondere folgende Massnahmen aus:

1. Die Loslösung der Polizei aus der staatlichen und kommunalen Verwaltung und Schaffung von Polizeiverbänden (in Schleswig-Holstein Polizeigruppen). Diese im allgemeinen für den Bereich jeder Großstadt und jedes Regierungsbezirks gebildeten Einheiten unterstellte man dienstlich den Polizeichefs, wirtschaftlich besonders gewählten Polizeiausschüssen und gliederte ihnen Dienststellen der Kriminalpolizei an. Nur Wasserschutzpolizeigruppen, Polizeischulen, später Fernmeldedienst-, Hundezucht- und -abrichtestellen und die Bereitschaftspolizei, sowie das in jedem Lande bestehende Landeskriminalpolizeiamt unterstellte man den Ländern unmittelbar.
2. Die schon skizzierte Abschaffung der Verwaltungspolizei, durch die im kommunalen Bereich die Bildung von Ordnungsbehörden notwendig wurde.

Die Liquidierung der Verwaltungspolizei erfolgte durch die "Instruktion über die Reorganisation des deutschen Polizeisystems in der britischen Zone" vom 25.9.1945. Die organisatorischen Grundsätze der VO Nr. 135 der Militärregierung bestimmten im wesentlichen die Gesetzgebung der Länder auf dem Gebiete des Polizeiwesens bis 1950.

Auf Fragen des staatlichen Weisungsrechts, der Neuorganisation der Kriminalpolizei und der Ausübung der Polizeigewalt wird hier nicht näher eingegangen, da sie für die Finanzstatistik ohne besondere Bedeutung sind.

Erst durch die Note der Alliierten Hohen Kommission vom 14.11.1950 und die Aufhebung der VO Nr. 135 durch die VO Nr. 220 vom 4.12.1950 ist der Weg für eine Neuorganisation der Polizei nach deutschen Grundsätzen freigegeben worden. Die finanziellen Auswirkungen der entsprechenden Akte der Landesgesetzgebung (z.B. nieders. Gesetz vom 21.3.1951) sind z.Zt. statistisch noch nicht erkennbar.

## b) Besondere Einrichtungen

Das Kriminalpolizeiamt für die britische Zone wurde am 1.1.1946 auf Weisung der britischen Militärregierung errichtet. Die Kosten dieses Amtes übernahm nach der Auflösung des Reichshaushalts die Hansestadt Hamburg und ab 1.4.1950 gemäss der 1. VO zur Abwicklung von zonalen Einrichtungen vom 9.6.1950 der Bund. Durch VO vom 31.10.1951 wurde es dem Bundeskriminalamt eingegliedert.

Für die zonale Zentral-Polizeischule in Hilstrup ist nach der VO Nr.160 der Militärregierung das Land Nordrhein-Westfalen Kostenträger. Inzwischen wurden die Kosten auf sämtliche Länder der Bundesrepublik umgelegt; auch der Bund wird sich voraussichtlich beteiligen. Den Hauptanteil der Kosten trägt Nordrhein-Westfalen.

## Die Grenzpolizei

Durch den Vorbehalt der britischen Militärregierung bezüglich des Grenzschutzes kam es in den Ländern der britischen Zone nicht zur Bildung einer Grenzpolizei. Erst auf Grund des Gesetzes des Wirtschaftsrates über die Zolleitstelle usw., des Art. 87/1 GG und des Schreibens der Militärgouverneure vom 12.5.1949 konnte mit der Errichtung der Behörden des Grenzschutzes begonnen werden.

In Niedersachsen wurden zur Überwachung der Zonengrenze die dort liegenden Polizeieinheiten verstärkt; das Land trägt abweichend von der sonstigen Regelung die gesamten persönlichen und sächlichen Kosten dieser Grenzpolizei. Die Überleitung in den Bundesgrenzschutz ist vorgesehen. In Hamburg nimmt die Wasserschutzpolizei die Aufgaben der Grenzpolizei wahr.

## 4. Amerikanische Zone

Auch in der amerikanischen Zone beschränkt sich die Tätigkeit der Polizei auf die Exekutive, während die Aufgaben der früheren Verwaltungspolizei grundsätzlich von den Verwaltungsbehörden zu erledigen sind. Nur einzelne Verwaltungsaufgaben verblieben durch besondere Regelung der Länder ausnahmsweise bei der Polizei. Die sachliche Zuständigkeit der Polizei regelten lediglich Württemberg-Baden und Bremen neu.

### a) Der Aufbau der kommunalen Polizei

In Gemeinden mit 5 000 und mehr Einwohnern ist eine kommunale Polizei aufzustellen; sie kann in Gemeinden unter 5 000 Einwohnern eingerichtet werden, wenn diese wirtschaftlich und personell dazu in der Lage sind. 1)

Die kommunale Polizei ist als besondere Einheit (Polizeiamt, Polizeiabteilung) unter Leitung des Polizeichefs (-verwalters) und verwaltungsmässiger Verantwortung des Bürgermeisters oder Magistrats als Glied der Gemeindeverwaltung einzurichten.

Kriminalpolizeiliche Ermittlungsstellen können bei den Gemeindepolizeiabteilungen (-ämtern) unter Leitung des Polizeichefs für dessen örtlichen Zuständigkeitsbereich gebildet werden.

1) Titel 9 der Vorschriften der Militärregierung, Ziff. 211 und 212.

## b) Der Aufbau der Landespolizei

Die polizeilichen Aufgaben in den Gemeinden unter 5 000 Einwohnern, die keine eigene Polizei aufstellen, hat die Landespolizei zu erfüllen; ihre Bezeichnung lautet in Bayern Landpolizei, in Hessen Gendarmarie, in Württemberg-Baden Landespolizei. Kriminalpolizeiliche Ermittlungsstellen können auch hier angegliedert werden.

Die Zuständigkeit der Gemeindepolizei ist grundsätzlich auf den Gemeindebezirk, die der Landespolizei auf die Gemeinden ohne eigene Polizei beschränkt. Bei Verfolgung auf frischer Tat entfallen diese Zuständigkeitsgrenzen.

## c) Besondere Einrichtungen

In der amerikanischen Zone errichteten Hessen und Bayern eine eigene Grenzpolizei auf Grund der Ziff. 213 a.a.O.. Die Grenzpolizei Hessens wurde am 1.11.49 in den Zollgrenzdienst überführt. In Württemberg-Hohenzollern und Bremen nimmt die Wasserschutzpolizei die Aufgaben der Grenzpolizei wahr.

Eine Wasserschutzpolizei wurde am 4.9.1945 auf amerikanische Anordnung aufgestellt und im Frühjahr 1946 der Direktion für Verkehr des Süddeutschen Länderrats als Inspektion der Wasserschutzpolizei unterstellt. Sie gehörte vom 1.4.1947 bis 30.9.1948 zur Verwaltung Verkehr des bizonalen Wirtschaftsamt ("Schiffsinspektion und Wasserschutz"). Ihr unterstanden sämtliche Wasserschutzpolizeibehörden der amerikanischen Zone, einschl. der Wasserschutzpolizei auf der Donau, den bayerischen Seen und in der Hansestadt Bremen. Ab 1.10.1948 ging die gesamte Wasserschutzpolizei auf die Länder über. Württemberg-Baden, Bayern und Hessen schlossen eine Vereinbarung über die Bildung der Wasserschutzpolizei-Gruppe Rhein-Main-Neckar mit dem Sitz in Niederwalluf, die aber bezüglich der vorlagsweisen Kostendeckung durch das Land Hessen erst ab 1.12.1948 wirksam wurde. Die Kosten wurden anteilmässig getragen (Hessen 45 vH, Württemberg-Baden 41 vH - davon Württemberg 6 vH, Baden 35 vH - und Bayern 14 vH). Auf Grund eines Staatsvertrages übernahmen die beteiligten Länder mit Wirkung vom 1.4.1950 die Aufgaben und den Personalbestand der Wasserschutzpolizei-Gruppe. In Niederwalluf verblieb, ausser der Wasserschutzpolizei Hessen, eine gemeinsame Einsatzleitung, deren Finanzierung vorlagsweise durch das Land Hessen erfolgt. Die Kosten tragen Württemberg-Baden zu 40, Bayern zu 14 und Hessen zu 46 vH.

## 5. Organisation und Aufgabenverteilung in der französischen Zone

Die während des Stillstandes der Verwaltung nach dem Zusammenbruch durch die lokalen Stellen wahrgenommene Polizeigewalt übernahmen in der französischen Zone bald wieder staatliche Organe. Im folgenden werden die Grundzüge der nicht einheitlichen Organisation und Aufgabenverteilung in den Ländern dieser Zone dargestellt.

### Rheinland-Pfalz

hat im wesentlichen den früheren Zustand wieder hergestellt, d.h. die sachliche Zuständigkeit der staatlichen Polizei auf die Ordnungs- und Kriminalpolizei, das Pass- und Meldewesen, die Fremdenpolizei, die Gewerbepolizei, die örtliche Preisprüfung und Preisüberwachung sowie die Überwachung öffentlicher Sammlungen und Kollekten begrenzt. In den Gemeinden von 5 000 bis



zu 10 000 Einwohnern ist die Polizei kommunalisiert, in Gemeinden über 10 000 Einwohner besteht neben der staatlichen Polizei eine gemeindliche "Restpolizei", die ausschliesslich verwaltungspolizeiliche Funktionen ausübt.

### Württemberg-Hohenzollern

In Württemberg-Hohenzollern ist die gesamte Polizei verstaatlicht und einer Landespolizeidirektion unterstellt worden. Die Landespolizei wurde durch die Übertragung verwaltungspolizeilicher Aufgaben auf die Landräte und Bürgermeister auf Exekutivaufgaben einschliesslich Kriminalpolizei, sowie die Wasserschutz- und Grenzpolizei beschränkt.

Die Landratsämter übernahmen von den aufgelösten staatlichen Polizeiämtern u.a. die Ausstellung von Kennkarten und die Preisüberwachung, die Bürgermeister die Aufgaben der Ortspolizeibehörden. Derartige dem polizeilichen Tätigkeitsfeld entzogene Funktionen dürfen nicht mehr als "polizeiliche" in Erscheinung treten. Die Gemeinden können für nichtpolizeiliche Vollzugsaufgaben eigene Vollzugsbeamte (Forst- und Feldhüter, Amtsboten) bestellen, die aber nicht Polizeivollzugsbeamte sind und keine missverständlichen Dienstbezeichnungen tragen dürfen.

### Baden

In Baden hat sich der Aufgabenbereich der Polizei gegenüber der Zeit vor dem Zusammenbruch grundsätzlich nicht geändert. Der polizeiliche Vollzugsdienst wird ausschliesslich durch staatliche Organe - die Schutzpolizei, die Gendarmerie und die Kriminalpolizei - ausgeübt. Staatliche Schutzpolizeidienstabteilungen bestehen in den grösseren Städten; sie unterstehen einem staatlichen Polizeidirektor (in Baden-Baden und Freiburg) oder dem zuständigen Landrat als Ortspolizeiverwalter. Den polizeilichen Vollzugsdienst in den übrigen Gemeinden übt die Gendarmerie aus. Die Aufgaben der Kriminalpolizei obliegen auf dem Lande der Gendarmerie, in den Städten mit staatlicher Schutzpolizei den Kriminaldienststellen. Sie untersteht in Freiburg und Baden-Baden den Polizeidirektoren, im übrigen dem Landrat. Eine Wasserschutzpolizei ist nur auf dem Bodensee eingerichtet; sie nimmt auch die Aufgaben der Grenzpolizei wahr. Die Landespolizeischule untersteht unmittelbar dem MdI., ebenso die motorisierte Gendarmerie und das Landeskriminalamt.

Die Unterscheidung zwischen Vollzugs- und Verwaltungspolizei besteht in Baden noch heute. Gemeindliche Polizei haben verschiedene Städte des Landes als Bau-, Feuerschutz-, Feld-, Gesundheits- und Verkehrspolizei. Die Gemeinden führen diese Aufgaben als staatliche Auftragsangelegenheiten durch.

## II. Lastenverteilung

### 1. Allgemeine Übersicht <sup>1)</sup>

In der amerikanischen und französischen Zone ist im allgemeinen an dem Grundsatz des Reichspolizeikostengesetzes festgehalten worden, dass die Kosten der staatlichen Behörden und Einrichtungen vom Staat, der kommunalen von den Gemeinden, jedoch unter Beteiligung des Staates, getragen werden. Eine andere Regelung ist infolge der neuartigen Organisationsformen in der britischen

1) vgl. Übersicht 1.

Zone erfolgt. Da sie von den Regelungen in den beiden anderen Zonen erheblich abweicht, soll sie an erster Stelle dargestellt werden.

## 2. Britische Zone

### a) Verteilung der Polizeikosten auf Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände

In allen Ländern der Zone gewährt das Land den Polizeibezirken grundsätzlich zu den Kosten der Polizei einen Zuschuss in Höhe der Hälfte des tatsächlichen Zuschussbedarfes. Der Rest wird auf die Land- und Stadtkreise des Bezirkes umgelegt. Die Kosten für die Wasserschutzpolizei, das Landeskriminalpolizeiamt und die Landespolizeischule tragen die Länder in vollem Umfange. In Niedersachsen werden vom Rechnungsjahr 1951 an die Kosten der staatlichen Polizei vom Lande, die der (vorgesehenen, aber bis jetzt nicht vorhandenen) städtischen Polizei von der betreffenden Stadt getragen. Bei Einrichtung städtischer Polizeien wird das Land einen jährlichen Zuschuss von 3 000 DM je Polizeibeamten zahlen (§ 62 des Ges. vom 21.3.1951).

Um die Belastung für die Kreise tragbarer zu gestalten, hat Schleswig-Holstein als einziges Land wesentliche Erleichterungen geschaffen. Im Finanzausgleichsgesetz wurde der den Kreisen zur Last fallende Betrag für das Rechnungsjahr 1948 auf 9,4 Mill.DM und für das Rechnungsjahr 1949 auf 12,8 Mill.DM festgesetzt. Das Land gewährt aber einen Ausgleichszuschuss und zwar für 1949 von 9 Mill.DM, zuzüglich einer einmaligen Zuweisung von 0,8 Mill.DM, was einer rund 77 %igen Deckung des Kommunalanteils entspricht. Für 1950 ist eine Deckung von 85 vH des Kommunalanteils vorgesehen <sup>1)</sup>, für 1948 belief sie sich auf 96 vH. Lübeck und einige Grenzkreise erhalten aus der Zuweisung vorweg einen Sonderzuschuss. Durch diese Zuschüsse werden die Leistungen der Kreise erheblich vermindert. Nach der Ausführungs-Anweisung zum FAG für 1950 und der Durchführungs-VO zum FAG für 1951 werden die Ausgleichszuschüsse monatlich vom Land direkt an die Polizeigruppen überwiesen, die monatlichen Schlüsselzuweisungen der Stadt- und Landkreise um den von diesen Körperschaften zu tragenden Restbetrag gekürzt und dieser ebenfalls vom Land an die Polizeigruppen abgeführt. Diese Vereinfachung des Zahlungsverkehrs zwischen Land und Kreisen wirkte sich statistisch bereits in der Nachweisung des Landes für 1949 aus (s.S.11).

Neben den Kosten der dem Lande unterstehenden Behörden und Einrichtungen (Wasserschutzpolizei, Landeskriminalpolizeiamt usw.) und der Grenzpolizei übernahm in Niedersachsen das Land noch die überörtlichen sächlichen und persönlichen Kosten im Nachrichtenwesen (Kosten für Verbindungen zwischen den RB-Polizeien und den Nachbarländern, Kostenanteile an den Vermittlungen).

In Nordrhein-Westfalen tragen die Kreise den vollen auf sie entfallenden Anteil am Zuschussbedarf der Polizeiverbände.

### b) Umlegung des Kreisanteils

In Schleswig-Holstein wurde der Kreisanteil bis 1949 nach der Iststärke, für 1950 nach der Sollstärke der Polizeivollzugsbeamten auf die zur Polizeigruppe gehörenden Kreise und kreisfreien Städte aufgeschlüsselt. In Niedersachsen geschah die

<sup>1)</sup> Erl. d. MdL. vom 24.1.1950, Abs. IV B.



Umlegung 1949 zur Hälfte nach der Einwohnerzahl, zur Hälfte nach der Iststärke der Polizeivollzugsbeamten, 1950 zu einem Drittel nach der Einwohnerzahl, zu einem Drittel nach der Iststärke der Polizeivollzugsbeamten und zu einem Drittel nach der Realsteuerkraft. In Nordrhein-Westfalen werden die Kosten der Regierungsbezirkspolizeien nach einem besonderen Schlüssel umgelegt, der die grössere Leistungsfähigkeit der grösseren Städte einerseits und deren höheren Polizeibedarf andererseits angemessen berücksichtigt.

Hamburg hat die Kosten der Polizei ab 1947 auf den Landeshaushalt übernommen.

### 3. Die Lastenverteilung im übrigen Bundesgebiet

Die Regelungen in den übrigen Ländern basieren auf den Grundsätzen des Polizeikostengesetzes vom 29.4.1940, das die Lastenverteilung einschliesslich der Versorgung im ehemaligen Reich regelte. Fast in allen Ländern werden die Kosten der staatlichen Polizeibehörden und Einrichtungen allein vom Land getragen. Der Polizeikostenbeitrag der Gemeinden mit staatlicher Polizeiverwaltung ist - bis auf die beiden noch zu erläuternden Ausnahmen - weggefallen.

Die Länder gewähren den Gemeinden, in denen die polizeilichen Aufgaben durch Gemeindepolizei wahrgenommen werden, Zuschüsse, die sich zumeist auf 3 000 DM für jeden überwiegend mit polizeilichen Diensten beschäftigten Vollzugsbeamten (z.B. in Rheinland-Pfalz) oder jede als notwendig anerkannte Polizeivollzugsbeamtenstelle (z.B. in Hessen) belaufen. Hessen staffelt diese Zuschüsse für die Gemeinde-Grössenklassen wie folgt:

für Gemeinden mit mehr als 75 000 Einwohnern	3 000 DM
für Gemeinden mit 20 000 bis 75 000 "	2 850 "
für Gemeinden bis 20 000 Einwohner	2 650 "

Ab 1950 verwendet auch Bayern diese Staffelung.

Bei der Schaffung neuer kommunaler Polizeibehörden erstattete Württemberg-Baden ausser dem Zuschuss von 3 000 DM die Hälfte der ordnungsgemäss nachgewiesenen Einrichtungskosten.

Die übrigen Kosten müssen die Gemeinden tragen. In Rheinland-Pfalz fällt ihnen auch der gesamte Aufwand der Gemeinderestpolizei zur Last, was gegenüber den anderen Ländern hinsichtlich der Vollzugspolizei keine Besonderheit bedeutet, da sie nur verwaltungsmässige Aufgaben erfüllt. Soweit in Gemeinden kommunale Vollzugsorgane bestehen, tragen die Gemeinden den gesamten Aufwand hierfür. Polizeikostenbeiträge von Gemeinden werden nur noch in Rheinland-Pfalz und Baden erhoben. In Rheinland-Pfalz leisten Gemeinden mit staatlicher Polizei einen Beitrag von 1 500 DM für jeden stellenplanmässigen Polizeivollzugsbeamten, zu denen auch die Beamten der Kriminalpolizei zählen. In Baden tragen Städte mit staatlicher Schutzpolizei einen Beitrag von 3,50 DM je Einwohner.

### 4. Die Versorgungslasten

Durch die Entstaatlichung der Polizei in den Ländern der britischen und amerikanischen Zone wurde auch eine Neuregelung der Versorgung der übernommenen Beamten notwendig. Der § 8 des Reichspolizeikostengesetzes, der die Versorgung bei Versetzung einzelner Beamten regelt, war unzureichend, da er zwar eine



anteilige Kostentragung der Dienstherrn vorsah, die Zahlung jedoch zunächst dem letzten Dienstherrn aufbürdet. Das Kap. V des Gesetzes vom 30.6.1933 regelt zwar die Rechtsstellung der Beamten bei Umbildung juristischer Personen oder Aufgabenübernahme, jedoch nicht im einzelnen die Verteilung der Versorgungslast.

Die Länder haben entweder die Vorschriften des Reichspolizeikostengesetzes angewendet (Landesbezirk Baden), oder Neuregelungen gefunden, die z.T. ausdrücklich als vorläufig bezeichnet wurden (Hessen, Landesbezirk Württemberg). Die wichtigsten Punkte dieser Bestimmungen sind in der Übersicht 2 zusammengefasst.

### III. Ausgaben, Einnahmen und Zuschussbedarf für die Vollzugspolizei in den Rechnungsjahren 1948 und 1949

#### 1. Die Ausgaben der Länder und Gemeinden (Gv)

Ausgaben für die Vollzugspolizei wurden in der amerikanischen und französischen Zone von Ländern und Gemeinden getätigt, in der britischen überwiegend von den Polizeiverbänden. Dementsprechend sind sie in der amerikanischen und französischen Zone in der Länder- und Gemeindefinanzstatistik erfasst. Dagegen wurden die Ausgaben der Polizeiverbände in der britischen Zone nicht einheitlich nachgewiesen. Schleswig-Holstein und Niedersachsen wiesen sie zusammen mit den Ausgaben der Länder in der Länderfinanzstatistik aus, Nordrhein-Westfalen dagegen bezog die Rechnungen der Regierungsbezirkspolizeien in die Länderfinanzstatistik, die der Stadtkreispolizeien in die Gemeindefinanzstatistik ein. Die in den Hansestädten anfallenden Ausgaben (des Polizeiverbandes und des Landes in Hamburg, der Gemeinden und des Landes in Bremen) sind statistisch zusammengefasst.

Der Gesamtbetrag der öffentlichen Ausgaben für die Vollzugspolizei erreichte für 1949 609,3 Mill.DM, für den DM-Abschnitt 1948 1) 435,6 Mill.DM, was einem Jahresaufwand für 1948 von 580,8 Mill.DM entsprechen würde. Bei der Berechnung dieser Gesamtsummen sind zur Vermeidung von Doppelzählungen die Zuweisungsausgaben an andere Gebietskörperschaften unberücksichtigt geblieben, bei den Gemeinden und Gv. jedoch die Anteilbeträge des ordentlichen an den ausserordentlichen Haushalt abgesetzt worden. Der in der Länderfinanzstatistik unter "übrige Ausgaben" nachgewiesene geringfügige Aufwand des Bundes von 34 000 DM ist in den Aufstellungen nicht enthalten.

Die persönlichen Ausgaben stellen mit 80,7 vH der gesamten Ausgaben und 84,5 vH aller vermögensunwirksamen Ausgaben den bedeutendsten Ausgabenposten im Polizeiwesen dar. Die regionalen Unterschiede in der Höhe der persönlichen Ausgaben und in ihrem Anteil an den Gesamtausgaben sind aus Tabelle 6 ersichtlich.

Eine Untersuchung der Ausgaben für die aktiven Bediensteten

1) Alle absoluten Zahlenangaben für 1948 umfassen nur den DM-Abschnitt. Bei der Berechnung der Relativzahlen (DM je Einwohner) wurden die Ausgaben auf ein volles Rechnungsjahr umgerechnet.

ergibt folgendes Bild:

Ausgaben für die aktiven Bediensteten im  
Polizeiwesen für das Rechnungsjahr 1949

- vH -

	Beamte	Angestellte	Arbeiter	Sonstige persönliche Ausgaben
Länder ohne Hansestädte	89,0	8,6	2,3	0,2
Gemeinden (Gv)	95,5		3,6	0,9

Für den staatlichen Bereich - unter Einbeziehung aller Polizeiverbände in Schleswig-Holstein und Niedersachsen und der Regierungsbezirkspolizeien in Nordrhein-Westfalen - beträgt der Anteil beamteter Kräfte an den gesamten Ausgaben für die aktiven Bediensteten in Schleswig-Holstein 91,3 vH, in Niedersachsen 89,6 vH, in Nordrhein-Westfalen 87,9 vH, in Hessen 89,9 vH, in Württemberg-Baden 85,5 vH, in Bayern 91,3 vH in Rheinland-Pfalz 88,2 vH, in Baden 77,8 vH, in Württemberg-Hohenzollern 90,7 vH, für die Vollzugspolizei Hamburgs 86,8 vH und Bremens 81,9 vH. Die Ausgaben aller Gebietskörperschaften zusammen für aktive Bedienstete sind im Durchschnitt des Bundesgebiets von 1948 auf 1949 um 5,1 vH gestiegen.

Der Anteil der Versorgung an den persönlichen Ausgaben betrug 1949 22,0 vH (1948: 20,3 vH). Ein Vergleich der Nachweisungen für 1948 und 1949 wäre wenig fruchtbar, da die Verteilung der Versorgungslast auf Länder, Gemeinden und Polizeiverbände vielfach erst 1949 geregelt wurde. Nachträglich angestellte Untersuchungen ergaben, dass Niedersachsen für 1948 rund 1/2 Mill. Versorgungsbezüge als Aktivitätsbezüge ausgewiesen hat. Die Nachweisung dieses Landes für 1949 liegt um etwa 0,4 Mill. DM Versorgungsgebühren zu hoch (s.S.11).

Ausser den persönlichen wurden von den vermögensunwirksamen Ausgaben noch die Unterhaltungs- und Instandsetzungskosten gesondert dargestellt (s.Übersicht 4). Die Ausgaben für 1949 und 1948 sind allerdings nicht vergleichbar, da für 1948 in diese Spalte auch die Unterhaltungs- und Instandsetzungskosten von beweglichem Vermögen einbezogen wurden. Die Unterhaltung und Instandsetzung des unbeweglichen Vermögens beanspruchte 1949 7,5 vH der Gesamtausgaben; Rheinland-Pfalz wies die relativ höchsten Ausgaben nach.

Der Anteil der vermögenswirksamen an den Gesamtausgaben betrug 1949 4,3 vH, 1948 5,5 vH; 25,9 vH (1948: 23,0 vH) dieser vermögenswirksamen Ausgaben entfielen auf Bauten. Ein regionaler Vergleich ergibt, dass für 1949 der Anteil der vermögenswirksamen an den Gesamtausgaben - abgesehen von Lindau und Bremen - in Nordrhein-Westfalen am grössten war (6,3 vH), dann folgen Württemberg-Hohenzollern, Württemberg-Baden, Hessen, Bayern, Rheinland-Pfalz und Baden. In Niedersachsen haben nur die dem Lande direkt unterstehenden Behörden und Einrichtungen derartige Ausgaben nachgewiesen, nicht jedoch die Polizeiverbände, die auch keinen Unterhaltungs- und Instandsetzungsaufwand ausbrachten. Die Rechnung der Polizeilastenausgleichskasse enthält unter den "übrigen Ausgaben" 1,1 Mill. für Neuanschaffung von Kraftfahrzeugen. In Nordrhein-Westfalen entfiel für 1949 auf die

Stadtkreispolizeien ein vermögenswirksamer Aufwand von 0,21 DM, auf die Regierungsbezirkspolizeien und die dem Land unterstehenden Einrichtungen und Behörden von 0,79 DM je Einwohner. Das Verhältnis der staatlichen zu den kommunalen vermögenswirksamen Ausgaben in den Ländern der amerikanischen und französischen Zone für 1949 lässt folgende Übersicht erkennen (s. auch Tab. 4a):

Vermögenswirksame Ausgaben der Länder und Gemeinden (Gv.)  
der amerikanischen und französischen Zone für das RJ. 1949

L a n d	Land		Gemeinden (Gv.)	
	Vermögens- wirksame Ausgaben	darunter Bauten	Vermögens- wirksame Ausgaben	darunter Bauten
	- DM je Einwohner -			
Hessen	0,36	0,01	0,17	0,02
Württemberg-Baden	0,48	0,15	0,30	0,11
Bayern	0,44	0,24	0,13	0,04
Rheinland-Pfalz	0,24	0,11	0,00	0,00
Baden	0,21	-	-	-
Württemberg-Hohenzollern	0,55	0,20	-	-
Lindau	1,22	0,25	0,05	-

Über die regionalen Unterschiede bei den einzelnen Ausgaben - gruppen gibt im übrigen die Übersicht 6 näheren Aufschluss.

## 2. Zuweisungsverkehr <sup>1)</sup>

Infolge der mannigfachen Unterschiede in der Organisation, Aufgaben- und Lastenverteilung im Polizeiwesen ist es zweckmässig, den Zuweisungsverkehr nach Besatzungszonen darzustellen.

### a) Britische Zone

Eine erhebliche Verminderung der den Gemeinden und Gv. durch die Vollzugspolizei erwachsenden Kosten erfolgte in Schleswig-Holstein durch Ausgleichszuschüsse der Länder. Sie reduzierten die tatsächliche Belastung der Gemeinden und Gv. 1948 auf 2,2 vH, 1949 auf 10,6 vH des gesamten Zuschussbedarfs <sup>2)</sup>.

Die Darstellung des Zuweisungsverkehrs in der Länderfinanzstatistik hat sich 1949 gegenüber 1948 für dieses Land geändert: Während für 1948 wie in der Gemeindefinanzstatistik grundsätzlich der gesamte Zuweisungsverkehr zwischen Land und Polizeiverbänden einerseits und den Kreisen andererseits erfasst wurde, ist für 1949 nur der den Kreisen zur Deckung verbleibende Restbetrag von 3 Mill. DM als Zuweisung von Gemeinden und Gv. nachgewiesen worden. Dies ist auf die 1950 festgelegte entsprechende Neuregelung des Verrechnungsverkehrs (s. S. 7) zurückzuführen.

- Bei den Zuweisungen Niedersachsens an Gemeinden und Gv. handelte es sich ausschliesslich um anteilige Erstattung kommunaler Altersversorgungsleistungen. Da diese Zuweisungen nur den in der Landesrechnung verbuchten Betrag erfassen, sind die gesetzlichen

<sup>1)</sup> Hierzu Übersichten 5 a, b .- <sup>2)</sup> Vgl. Tab. 8 a, b.

Anteile der Polizeiverbände (s. Übersicht 2) offenbar als Versorgungszahlungen nachgewiesen worden. Ein Vergleich der staatlichen Zuweisungen mit den Einnahmenachweisungen der Gemeindefinanzstatistik ergibt einen Unterschied von 0,4 Mill. DM, um die die Versorgung (Tab. 4 a, Sp. 3) überhöht ausgebracht ist. Die entsprechende Ausgabe für 1948 (471 Tsd.) wurde beim gemeinsamen Versorgungshaushalt des Landes nachgewiesen.

Für Nordrhein-Westfalen betreffen die Zuweisungen des Landes an die Gemeinden und Gv. den Landesanteil an den Kosten der städtischen Polizei und die Zuweisungen an das Land den Beitrag der Landkreise zu den Kosten der Regierungsbezirkspolizei. Der zwischengemeindliche Verrechnungsverkehr enthält Anteilzahlungen von Gemeinden, die der Stadtkreispolizei einer Nachbargemeinde angeschlossen sind.

#### b) Amerikanische und französische Zone

Der Verrechnungsverkehr der Länder und Gemeinden der amerikanischen Zone weist fast nur Polizeikostenzuschüsse der Länder an die Gemeinden auf. In der französischen Zone sind lediglich die Kostenbeiträge der Gemeinden in Rheinland-Pfalz und Baden von Bedeutung. Im Ergebnis erhöhten sich die Ausgaben der Länder der beiden Zonen für die Polizei durch den Verrechnungsverkehr für 1949 um 27,1 vH, während sich die der Gemeinden und Gv. um 46,6 vH verminderten. Relativ am bedeutendsten waren die staatlichen Zuschüsse in Württemberg-Baden (3,76 DM je Einwohner). Die Zuweisungen des Landesbezirks Baden an die Gemeinden enthalten 118 000 DM Landesanteil an der Versorgung früher staatlicher, jetzt kommunaler Polizeibeamter. Gleichartige Zahlungen (s. Übersicht 2) sind auch in Bayern angefallen, jedoch erst in der Jahresrechnung 1950 nachgewiesen worden.

Die Zuweisungen zwischen den Ländern der amerikanischen Zone stellen Zahlungen für die Wasserschutzpolizei dar. Der Nachweis erfolgte für 1948 noch uneinheitlich. Ausser dem für den Landesbezirk Württemberg ausgewiesenen Betrag von 31 000 DM leistete der Landesbezirk Baden Zahlungen von rd. 181 000 DM, die aber unter der Gruppe "übrige Ausgaben" nachgewiesen wurden. Hessen, dem diese Zuweisungen zufließen, wies unter Epl. XI/5 (Wasserstrassen) die Einnahmen allerdings mit nur 198 000 DM aus. Bayern verbuchte seine Zahlungen für 1948 zunächst auf Vorschusskonto. In der für 1949 ausgewiesenen Summe von 226 000 DM sind 72 000 DM für die Zeit vom 1.10.1948 bis 31.3.1949 enthalten. (Vorher trug das VWG die Kosten). Für 1949 gleichen sich somit die Zuweisungen der genannten Länder für die Wasserschutzpolizei aus.

#### c) Hansestädte

Bei rd. 2/3 der Zuweisungseinnahmen Hamburgs handelt es sich um Zuweisungen des VWG zur Bekämpfung der Lebensmittelkartenfälschungen und bei rd. 1/3 um Kostenanteile der Länder für die Wasserschutzpolizeischule. Die entsprechenden Ausgaben dürften bei den Ländern als Schulungskosten unter den "übrigen Ausgaben" verbucht sein. Die ausserordentlich hohen Erstattungseinnahmen der Polizei in Bremen stellen anteilige Kosten für den Polizeischutz der Häfen dar, die je zur Hälfte vom Hafenbauamt Bremen und dem Hansestadt. Bremischen Amt Bremerhaven getragen wurden.

### 3. Die speziellen Deckungsmittel <sup>1)</sup>

Durch spezielle Deckungsmittel wurden für 1949 3,2 vH, für 1948 3,6 vH der Ausgaben für die Polizei gedeckt. Am günstigsten war das Deckungsverhältnis 1949 in Baden, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Bayern, am ungünstigsten in Württemberg-Hohenzollern.

Vermögenswirksame Einnahmen in grösserem Umfange hatte nur das Land Nordrhein-Westfalen aufzuweisen, die auf Veräusserungen von Sachvermögen seitens der Polizeibesorgungsstelle in diesem Land zurückzuführen sind.

Der Anteil der Gebühren an den speziellen Deckungsmitteln ist regional recht verschieden; besonders hoch ist er in Rheinland-Pfalz und Baden. Die Polizeiverbände in Niedersachsen haben für 1949 keine Gebühreneinnahmen ausgewiesen, die Nachweisung für 1948 (0,7 Mill.DM) enthält auch andere spezielle Deckungsmittel.

In der amerikanischen Zone überwiegen die Gebühreneinnahmen der städtischen Polizeien, nur in Bayern weisen die staatliche Landes- und Grenzpolizei höhere Gebühreneinnahmen aus. In der französischen Zone fielen die Gebühreneinnahmen infolge der Verstaatlichung der Polizei naturgemäss vorwiegend bei den Ländern an.

### 4. Der Zuschussbedarf <sup>2)</sup>

Die Angaben der Tabellen 8 a und 9 a schliessen unbedeutende Fehlbeträge und nicht verbrauchte Mittel des a.o. Haushalts ein.

Ein regionaler Vergleich ergibt, dass wie im Vorjahre die Hansestädte und die Länder der amerikanischen Zone die höchste Gesamtbelastung aufweisen (Württemberg-Baden 14,08 DM je Einwohner, Bayern 12,87, Hessen 11,68), dann folgen Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Niedersachsen und schliesslich die Länder der französischen Zone. Die Belastungsverteilung zwischen Ländern und Gemeinden entspricht ebenfalls etwa der des Vorjahres. Die höchste Belastung tragen die Gemeinden in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Württemberg-Baden und Hessen. Die Länder mit grösseren Anteilen an städtischer Bevölkerung weisen somit die stärksten kommunalen Polizeilasten aus. Bei einer Aufteilung nach Grössenklassen zeigen sich die Auswirkungen der unterschiedlichen gesetzlichen Regelung der Lastenverteilung. Die Stadtkreise sind in der amerikanischen Zone höher als in der britischen Zone belastet und zwar steigt die Belastung im allgemeinen progressiv mit wachsender Grösse der Gemeinden. Diese Tendenz lässt sich durch alle Gemeindegrössenklassen verfolgen. Ein ähnliches Bild zeigen die Länder der französischen Zone. Die relative Belastung der Städte beträgt in Hessen und Württemberg-Baden rd. das 8-fache, in Bayern das 22-fache der des Landes (kreisangehörige Gemeinden; Landkreise unbelastet), in der britischen Zone im Durchschnitt nur das Doppelte. Absolut, d.h. ohne Berücksichtigung der verschiedenen Bevölkerungszusammensetzung, trägt das Land (kreisangehörige Gemeinden und Landkreise) in der britischen Zone fast die Hälfte der kommunalen Polizeilast (44,9 Mill. gegen 48,3 Mill.), in den anderen Zonen rd. ein Viertel (10,4 Mill. gegen 41,7 Mill.).

1) Übersicht 7 a und b . 2) Übersicht 8 und 9.



Ein Vergleich mit dem Rechnungsjahr 1948 ergibt ein geringes Ansteigen der kopfmässigen Gesamtbelastung für das Bundesgebiet. In Niedersachsen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden ist die Belastung gesunken, in den übrigen Ländern gestiegen. Für Niedersachsen ist das Sinken der Belastung allerdings nur fiktiv; es ist durch die Unterschiede in der Nachweisung der Zuweisungen seitens der Länder und Gemeinden (Gv) bedingt. In den übrigen 3 Ländern waren die Ausgaben tatsächlich niedriger (s. Tab. 6). Der Gemeindeanteil ist gegenüber 1948 relativ nur in Hessen gesunken und zwar infolge Ausgabenverringerung bei den Stadtkreisen. Der Vergleich lässt auch eine verstärkte Heranziehung der Stadt- und Landkreise in Schleswig-Holstein erkennen. Berücksichtigt werden muss bei diesem Vergleich der kopfmässigen Belastung die verschiedenartige Veränderung der Einwohnerzahl. Im allgemeinen weisen die Industrieländer und innerhalb der Länder die grösseren Gemeinden eine höhere Zuwachsrates auf. So ist z.B. das scheinbare Sinken des Zuschussbedarfs Hamburgs gegenüber 1948 auf die starke Bevölkerungszunahme (3 vH) zurückzuführen.

## Anhang

### Das Ordnungswesen

Die vor allem in der britischen Zone durchgeführte strenge Trennung der früher verwaltungspolizeilichen Funktionen von der Vollzugspolizei hatte die Errichtung besonderer kommunaler "Ordnungsbehörden" zur Folge. Finanzstatistisch wurden diese Aufgaben erstmalig für 1949 zusammengefasst. Nur solche verwaltungspolizeilichen Aufgaben, die sich von den Gesamtkosten des Verwaltungszweiges nicht einwandfrei trennen lassen, wie Bau-, Gesundheits-, Schul-, Wohlfahrtspolizei, verblieben bei den betreffenden Verwaltungszweigen. Dagegen schliessen die nachstehenden Angaben auch die Ausgaben und Einnahmen der Gemeinden bis 3 000 Einwohner, deren polizeiliche Aufgaben sich im wesentlichen auf das Ordnungswesen beschränken, für den gesamten Verwaltungszweig öffentliche Sicherheit und Ordnung ein.

Da alle Länder ausser Rheinland-Pfalz und Baden eine begriffliche Scheidung zwischen Vollzugspolizei und Ordnungsdienst durchgeführt haben, ergaben sich für den finanzstatistischen Nachweis keine besonderen Schwierigkeiten. Dennoch entstehen bei einem regionalen Vergleich der Kopfbeträge für den Zuschussbedarf 1) ganz erhebliche Diskrepanzen zwischen dem Aufwand für Vollzugspolizei und Ordnungswesen, die sich in der Hauptsache nur mit einer uneinheitlichen Abgrenzung beider Verwaltungszweige erklären lassen. Besonders in Rheinland-Pfalz stehen relativ hohen Ausgaben für das Ordnungswesen verhältnismässig niedrige Polizeikosten gegenüber. Die relativ höchsten Ausgaben für das Ordnungswesen hat Rheinland-Pfalz mit 2,96 DM je Einw. nachgewiesen; es folgen Nordrhein-Westfalen (2,80 DM), Württemberg-Baden (2,41 DM) und Hessen (2,02 DM je Einw.). Einen geringen Aufwand hatten Württemberg-Hohenzollern (1,02 DM), Niedersachsen (1,14 DM), Baden (1,28 DM) und Bayern (1,46 DM je Einw.).

1) Vgl. Übersichten 9 a und 10b.

85 vH der Ausgaben für das Ordnungswesen sind persönliche. Bei den geringen vermögenswirksamen Ausgaben handelt es sich überwiegend um Aufwendungen für Grundstückankäufe und Erwerb von Sachvermögen.

Den höchsten kommunalen Zuschussbedarf weist Nordrhein-Westfalen auf. Eine Aufgliederung nach Grössenklassen lässt eine starke Belastung der Städte erkennen, während die Landkreise infolge hoher Gebühreneinnahmen z.T. sogar erhebliche Überschüsse aufweisen.

1. Übersicht über die Verteilung der Polizeikosten auf Länder,

Gemeinden und Gemeindeverbände

a) Leistungen des Landes

Land	Rechnungsjahr	Für staatliche Behörden und Einrichtungen	Für kommunale Behörden und Einrichtungen <sup>1)</sup>		
			VH-Anteil am Zu- schussbedarf der Polizeiverbände	Ausgleichszuweisungen (je Kopf der Bevölkerung mit Zuschlägen nach Größenklassen)	Zuschüsse je Vollzugs- beamten mit Zuschlägen nach besonderer Lage
		1	2	3	4
Schleswig-Holstein	1948	100 VH	50 VH	2,25 DM; 25 - 200 VH <sup>3)</sup>	
" "	1949	100 VH	50 VH	3,00 DM; 25 - 200 VH <sup>3)</sup>	
" "	1950	100 VH	50 VH <sup>2)</sup>	85 VH des komm. Anteiles <sup>4)</sup>	
Niedersachsen	1948	100 VH <sup>5)</sup>	50 VH	-	-
"	1949	100 VH	50 VH	-	-
"	1950	100 VH	50 VH	-	-
Nordrhein-Westfalen	1948	100 VH	50 VH	-	-
" "	1949	100 VH	50 VH	-	-
Hessen	1947 - 1948	100 VH	Zuschüsse durch gezahlte Vorschüsse abgegolten		
"	1949	100 VH	-	-	2 650 - 3 000 DM
Württemberg-Baden	1947 - 1949	100 VH	-	-	3 000 DM zuzügl. 1/2 d. Einrichtungskosten
Bayern	ab 1948	100 VH	-	-	3 000 DM
"	1950	100 VH	-	-	2 650 - 3 000 DM
Rheinland-Pfalz	1948 - 1950	abzügl. Gemeinde- beiträge	-	-	3 000 DM
Baden	1948 - 1950	abzügl. Gemeinde- beiträge	-	-	-
Württemberg-Hohenzollern	1948 - 1950	100 VH	-	-	-
Lindau	1948 - 1949	100 VH	-	4,00 DM <sup>6)</sup>	3 000 DM
"	1950	100 VH	-	3,50 DM <sup>6)</sup>	3 000 DM
Hamburg	ab 1947	100 VH	auf Landeshaushalt übernommen		
Bremen		100 VH	-	-	3 000 DM, dazu Anteil an der Ver- sorgung

1) Für die britische Zone: Für Polizeiverbände.- 2) Zuzügl. 3 000 DM für ein Zehntel der Sollstärke der Verbände in den Grenzkreisen.- 3) Ausgleichszuschuss zum komm. Anteil am Zuschussbedarf der Polizeiverbände. Der Zuschuss ermässigt sich in dem Verhältnis, in dem die Polizeikosten unter dem Höchstbetrag bleiben; 1948 wurden 96 VH des komm. Anteils durch Zuweisungen ausgeglichen, für 1949 wurde eine Pauschsumme von 9 Mill. DM, zuzügl. 0,8 Mill. (einmalig), d.s. rd. 77 VH vorgesehen.- 4) Erlass d. MdL. vom 24.1.50, Abs. IV B.- 5) Dazu Kosten der verstärkten Grenzpolizei und überörtliche Kosten im Nachrichtenwesen: Persönliche: Kostenanteile an Vermittlungen, sächliche: Verbindungen zu den RB - Polizeien.- 6) Für Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises (Standesamt, Polizei pp.) 4,00 DM je Einwohner, für 1950 3,50.

## b) Leistungen der Gemeinden und Gemeindeverbände

Land	Rechnungsjahr	Für staatliche Behörden und Einrichtungen	Für kommunale Behörden und Einrichtungen <sup>1)</sup>	Umlegung des kommunalen Anteils am Zuschussbedarf der Polizeiverbände auf die Kreise
		1	2	3
Schleswig-Holstein	1948	-	50 vH <sup>2)</sup>	nach Iststärke
"	1949	-	50 vH <sup>2)</sup>	"
"	1950	-	50 vH <sup>2)</sup>	Sollstärke
Niedersachsen	1948	-	50 vH	Berechnung durch die Polizeibezirke
"	1949	-	50 vH	Je zur Hälfte nach Einwohnerzahl und Iststärke
"	1950	-	50 vH	Je zu einem Drittel nach Einwohnerzahl, Iststärke und Realsteuerkraft
Nordrhein-Westfalen	1948	-	50 vH	nach Einwohnerzahl
"	1949	-	50 vH	nach dem Hauptansatz des FAG: Einwohnerzahl, Grössenklasse, Kinder- (Unselbstständigen-) zahl
Hessen	1947 - 1948	-	Gesamte Kosten, ab-	
"	1949	-	zühl. Landeszuschüsse (Tab.1a, Sp.4)	
Württemberg-Baden	1947 - 1949	-	wie Hessen	
Bayern	ab 1948	-	"	
Rheinland-Pfalz	1948 - 1950	1 500 DM je Polizeibeamten	wie Hessen, Gemein- derestpolizei 100 vH	
Baden		3,50 DM je Einw.	100 vH	
Württemberg-Hohenzollern		-	"	
Lindau	1948 - 1949	-	wie Hessen	
"	1950	-	"	
Hamburg	ab 1947	-	"	
Bremen			wie Hessen	

1) Für die britische Zone: Polizeiverbände.- 2) Gesetzlicher Höchstbetrag für 1948: 9375 000 DM, für 1949: 12 800 000 DM. Der tatsächliche kommunale Anteil ist durch den Ausgleichszuschuss des Landes wesentlich verringert (vgl. Tab.1a, Sp.3)

## 2. Verteilung der Versorgungslast bei Übernahme der Polizei auf Gemeinden oder Polizeiverbände

Land	Altlast			Neulast		
	Gemeinden	Land	Polizeibezirke	Gemeinden	Land	Polizeibezirke
Niedersachsen	Frühere gemeindl. Polizei- (Vollzugs-) beamtete; erstattet durch . . . .	. . . . 50 vH . . . . 50 vH Frühere staatl. Vollzugsbeamte der Schutzpolizei, Kriminal- polizei und Gendarmerie mit letztem dienstlichen Wohn- sitz in Niedersachsen: 50 vH Alle übrigen staatlichen Voll- zugs- und Verwaltungsbeamten: 100 vH	50 vH 50 vH -	-	-	ab 1.4.49: Polizeibezirk des letzten Dienstorts: 100 vH
Nordrhein-Westfalen	Gemeindl. Vollzugsbeamte, die 1. bis 31.3.1946 pensioniert wurden 2. nach Übernahme durch Po- lizeiausschüsse ohne Dienst Eintritt pensio- niert wurden	Staatl. Vollzugsbeamte: 100 vH ab 1950 erstattet  ab 1951 erstattet	-	-	-	100 vH (ab 1.4.49) für die am 31.3.1946 im Dienst befind- lichen kommunalen Bediensteten, soweit sie nach Übernahme Dienst ausgeübt haben
Hessen	-	100 vH	-	100 vH für alle übernommenen oder wegen Überalterung nicht übernommenen Vollzugsbeamten, soweit nach der ruhegehalts- fähigen Dienstzeit auf das Land entfallend, vorschuss- weise	-	-
Württemberg-Baden Landesbezirk Württemberg	-	100 vH	-	Soweit nicht in Sp.5 aufgeführt	Für Vollzugsbeamte über 60 Jahre, dienstunfähige, über 55 Jahre alte auf Grund d. Entnazifizierung entlas- sene, in Kriegsgefangen- schaft verstorbene, für tot erklärte, Vermisste	-
Württemberg-Baden Landesbez. Baden	-	100 vH	-	100 vH, aber . . . .	erstattet anteilig nach Dienstzeit	-
Bayern, ab 1.4.1949	-	100 vH	-	100 vH, aber . . . .	erstattet anteilig nach Dienstzeit	-
Hamburg	-	100 vH	-	-	100 vH	-



3. Personalstand der Exekutivpolizei am 2. 9. 1950 <sup>1)</sup>

L a n d	Insgesamt	d a v o n		Je 10 000 Einwohner
		Länder	Gemeinden (G.v.)	
Schleswig-Holstein	4 644	4 644 <sup>2</sup>	-	18
Niedersachsen	11 050	11 050 <sup>2</sup>	-	16
Nordrhein-Westfalen	24 936	24 936 <sup>2</sup>	-	19
Hessen	8 279	2 702	5 577	19
Württemberg-Baden	9 565	3 890	5 675	24
Bayern	20 724	13 196	7 538	23
Rheinland-Pfalz	4 233	4 086	147	14
Baden	1 803	1 782	21	13
Württemberg-Hohenzollern	1 832	1 814	18	15
Lindau	74	48	26	13
Länder zusammen	87 140	68 138	19 002	19
Hamburg	7 444	-	-	46
Bremen	2 973	-	-	53
Bund	183	-	-	0
Insgesamt	97 740	-	-	20

1) Länder und Gemeinden mit 5 000 und mehr Einwohner.- 2) Polizeiverbände (-gruppen) sind einheitlich beim Land erfasst.-

4. Die Ausgaben der Länder und Gemeinden (Gv.) für die Vollzugspolizei 4

a) Rechnungsjahr 1949

- 1 000 DM -

Land / Art der Gebietskörperschaft	Insgesamt (Sp.7 und 11)	Vermögensunwirksame Ausgaben						Vermögenswirksame Ausgaben				
		Persönliche Ausgaben			Unterhaltung u. Instandsetzung von unbewegl. Vermögen	Übrige vermögens- unwirksame Ausgaben	Vermögens- unwirksame Ausgaben zusammen	Darlehensgewährung, Zuführungen an Rück- lagen und an sonst. Kapitalvermögen	Neu- u. Wiederaufbau, Erweiterungs- und Umbauten, grosse Instandsetzungen	Grundstücksan- käufe und Erwerb von sonstigem Sachvermögen	Vermögens- wirksame Ausgaben zusammen	
		Ohne Versorgung	Versorgung	Zusammen								
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Schleswig-Holstein	29 958	18 688	5 800	24 489	61	5 177	29 726	-	217	14	231	
Niedersachsen	73 788	45 650	10 405	56 055	50	17 005	73 111	2	334	341	677	
Nordrhein-Westfalen	154 918	94 481	27 716	122 197	1 479	21 406	145 082	477	968	8 392	9 837	
Hessen	Land	24 175	11 507	7 776	19 283	61	3 256	22 600	-	47	1 527	1 574
	Gem.(Gv.)	28 038	21 461	3 153	24 614	304	2 385	27 305	40	96	596	733
	zusammen	52 213	32 968	10 929	43 897	365	5 641	49 906	40	143	2 123	2 307
Württemberg-Baden	Land	28 685	14 381	7 655	22 036	207	4 586	26 829	-	581	1 275	1 855
	Gem.(Gv.)	30 260	23 307	2 642	25 948	56	3 100	29 104	126	434	596	1 157
	zusammen	58 945	37 687	10 297	47 984	263	7 686	55 933	126	1 015	1 871	3 012
Bayern	Land	78 126	45 866	15 466	61 333	843	11 894	74 069	-	2 221	1 846	4 057
	Gem.(Gv.)	44 421	32 103	6 294	38 397	127	4 673	43 197	9	334	881	1 224
	zusammen	122 547	77 969	21 761	99 730	970	16 566	117 266	9	2 545	2 727	5 281
Rheinland-Pfalz	Land	21 896	14 655	3 481	18 136	651	2 424	21 211	-	318	367	685
	Gem.(Gv.)	1 571	716	730	1 446	6	112	1 565	-	1	5	6
	zusammen	23 467	15 371	4 211	19 582	657	2 536	22 776	-	320	372	691
Baden	Land	12 909	9 008	2 015 <sup>2</sup>	11 024	-	1 615	12 638	-	-	271	271
	Gem.(Gv.)	1	-	1	1	-	-	1	-	-	-	-
	zusammen	12 910	9 008	2 016	11 025	-	1 615	12 639	-	-	271	271
Württemberg-Hohenzollern	Land	10 740	6 463	1 533 <sup>2</sup>	7 997	42	2 079	10 118	-	223	400	623
	Gem.(Gv.)	0	0	0	0	0	-	0	-	-	-	-
	zusammen	10 740	6 463	1 533	7 997	42	2 079	10 118	-	223	400	623
Lindau	Land	354	185	53	238	7	42	287	-	14	53	67
	Gem.(Gv.)	185	113	33	146	-	36	182	-	-	3	3
	zusammen	539	298	86	384	7	78	469	-	14	56	70
Länder zusammen		540 025	338 583	94 753	433 340	3 894	79 789	517 026	654	5 779	16 567	23 000
Hamburg		51 359	33 735	10 323	44 058	289	5 691	50 038	40	636	645	1 321
Bremen		17 930	11 565	3 011	14 576	415	1 352	16 343	-	308	1 279	1 587
Insgesamt		609 314	383 883	108 087	491 974	4 598	86 833	583 407	694	6 722	18 491	25 908

1) Ohne Zuweisungen an Gebietskörperschaften.- 2) Geschätzt.

Land / Art der Gebietskörperschaft		Vermögensunwirksame Ausgaben						Vermögenswirksame Ausgaben				
		Insgesamt (Sp.7 und 11)	Persönliche Ausgaben			Unterhaltung u. Instandsetzung von unbewegl.u. bewegl.Vermögen	Übrige vermögens- unwirksame Ausgaben	Vermögens- unwi-ksame Ausgaben zusammen	Darlehensgewährung, Zuführungen an Rück- lagen und an sonst. Kapitalvermögen	Neu- u. Wiederaufbau, Erweiterungs- und Umbauten, grosse Instandsetzungen	Grundstücksan- käufe und Erwerb von sonstigem Sachvermögen	Vermögens- wirksame Ausgaben zusammen
			Ohne Versorgung	Versorgung	Zusammen							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11		
Schleswig-Holstein		21 147	13 181	3 300	16 981	172	3 357	20 510	-	286	351	637
Niedersachsen		53 897	36 016	4 375	40 391	203	13 177	53 771	-	126	-	126
Nordrhein-Westfalen		109 081	66 462	19 265	85 727	2 285	13 480	101 492	4	1 386	6 199	7 589
Hessen	Land	16 063	8 149	4 909	13 058	192	1 833	15 083	-	3	977	980
	Gem.(Gv.)	22 717	16 684	2 702	19 386	523	2 114	22 023	1	57	625	693
	zusammen	38 780	24 833	7 611	32 444	715	3 947	37 106	11	60	1 602	1 573
Württemberg-Baden	Land	18 546	8 945	4 490	13 434	582	2 987	17 004	-	485	1 056	1 541
	Gem.(Gv.)	21 303	16 890	1 374	18 264	227	2 123	20 614	16	214	399	789
	zusammen	39 849	25 834	5 864	31 698	809	5 110	37 617	16	759	1 455	2 230
Bayern	Land	57 811	29 850	10 002	39 852	1 024	8 337	49 215	-	1 844	6 754	8 598
	Gem.(Gv.)	31 449	23 585	3 474	27 060	519	3 405	30 985	15	77	371	463
	zusammen	89 260	53 436	13 476	66 912	1 543	11 743	80 198	15	1 921	7 125	9 061
Rheinland-Pfalz	Land	16 588	10 733	2 653	13 386	17	2 979	16 382	-	77	129	306
	Gem.(Gv.)	1 520	655	639	1 294	18	205	1 517	-	-	3	3
	zusammen	18 108	11 388	3 292	14 680	35	3 184	17 899	-	77	132	309
Baden	Land	10 218	7 353	1 800	8 953	-	997	9 950	-	-	268	268
	Gem.(Gv.)	23	7	1	8	-	15	23	-	-	-	-
	zusammen	10 241	7 360	1 801	8 961	-	1 012	9 973	-	-	268	268
Württemberg-Hohenzollern	Land	6 925	4 475	996	5 471	185	1 042	6 698	-	-	227	227
	Gem.(Gv.)	1	-	0	0	-	0	1	-	-	-	-
	zusammen	6 926	4 475	996	5 471	185	1 042	6 699	-	-	227	227
Lindau	Land	205	116	41	157	27	22	205	-	-	-	-
	Gem.(Gv.)	235	154	47	201	7	23	231	-	-	5	5
	zusammen	440	270	88	358	34	45	436	-	-	5	5
Länder zusammen		387 729	243 255	60 368	303 623	5 931	56 097	365 701	45	4 617	17 364	22 027
Hamburg		37 845	23 193	7 458	30 651	1 083	4 085	35 819	-	931	1 094	2 025
Bremen		12 478	7 535	1 984	9 519	139	2 684	12 342	-	13	123	136
Insgesamt		438 052	273 983	69 810	343 793	7 203	62 866	413 862	45	5 562	18 581	24 189

5. Verteilung der Lasten für die Vollzugspolizei zwischen Ländern und Gemeinden (Gv.)

a) Rechnungsjahr 1949

- 1 000 DM -

Land	Land								Gemeinden und Gv.								Ausgaben	
	Ausgaben ohne Zu- weisungen an Gebiets- körpers- schaften	Zuweisungen an		Gesamt- aus- gaben	Zuweisungen von		Erstattungen von anderen Verwal- tungs- zweigen	Eigen- aus- gaben	Ausgaben ohne Zu- weisungen an Gebiets- körpers- schaften	Zuweisungen an		Zuweisungen von		Erstattungen von anderen Verwal- tungs- zweigen (o.H.)	Eigen- aus- gaben	Ausgaben ohne Zu- weisungen an Gebiets- körpers- schaften insgesamt	Eigen- aus- gaben insgesamt	
		Länder (VWG. Bund)	Ge- meinden (Gv.)		Ländern	Ge- meinden (Gv.)				Länder	Ge- meinden (Gv.)	Gesamt- aus- gaben	Ländern					Ge- meinden (Gv.)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	
Schleswig-Holstein	29 847	-	-	29 847	-	3 000	189	26 658	111	12 800	0	12 911	9 800	5	-	3 106	29 958	29 764
Niedersachsen	72 656	-	643	73 299	-	33 171	-	40 128	1 133	29 481	-	30 612	1 089	-	7	29 516	73 788	69 644
Nordrhein-Westfalen	84 606	-	31 998	116 604	-	25 326	-	91 278	70 312	26 365	2 161	98 838	34 248	2 895	157	61 538	154 918	152 816
Hessen	24 175	-	13 757	37 932	641	11	-	37 280	28 038	1	4	28 043	14 034	118	44	13 847	52 213	51 127
Württemberg-Baden	28 685	486	14 562	43 733	-	-	-	43 733	30 260	-	-	30 260	14 581	-	29	15 650	58 945	59 383
Bayern	78 126	226	22 648	101 000	-	-	-	101 000	44 421	0	1	44 422	22 991	2	16	21 413	122 547	122 413
Rheinland-Pfalz	21 896	-	618	22 514	-	2 543	-	19 971	1 571	2 664	-	4 235	556	1	-	3 678	23 467	23 649
Baden	12 909	-	-	12 909	-	1 131	-	11 778	1	1 131	-	1 132	-	-	-	1 132	12 910	12 910
Württemberg-Hohenzollern	10 740	-	-	10 740	-	-	-	10 740	0	-	-	0	-	-	-	0	10 740	10 740
Lindau	354	-	106	460	-	-	-	460	185	-	-	185	66	-	-	119	539	579
Länder zusammen	363 994	713	84 332	449 038	641	65 182	189	383 027	176 032	72 440	2 166	250 639	97 365	3 021	254	149 999	540 025	533 025
Hamburg	51 359	-	-	51 364	21	-	50	51 293	-	-	-	-	-	-	-	-	51 359	51 293
Bremen	17 930	-	-	17 930	-	-	2 560	15 370	-	-	-	-	-	-	-	-	17 930	15 370
Insgesamt	433 283	713	84 332	518 332	662	65 182	2 799	449 680	176 032	72 440	2 166	250 639	97 365	3 021	254	149 999	609 314	599 688

5. Verteilung der Lasten für die Vollzugspolizei zwischen Ländern und Gemeinden (Gv.)

b) Rechnungsjahr 1948

- 1 000 DM -

Land	Land								Gemeinden und Gv.								Ausgaben	
	Ausgaben ohne Zu- weisungen an Gebiets- körper- schaften	Zuweisungen an		Gesamt- aus- gaben	Zuweisungen von		Erstattungen		Ausgaben ohne Zu- weisungen an Gebiets- körper- schaften	Zuweisungen an		Zuweisungen von		Erstattungen		Ausgaben ohne Zu- weisungen an Gebiets- körper- schaften insgesamt	Eigen- aus- gaben insgesamt	
		Länder (VVG, Bund)	Ge- meinden (Gv.)		Ländern	Ge- meinden (Gv.)	von anderen Verwal- tungs- zweigen	Eigen- aus- gaben		Länder	Ge- meinden (Gv.)	Gesamt- aus- gaben	Ländern	Ge- meinden (Gv.)	von anderen Verwal- tungs- zweigen (H.)			Eigen- aus- gaben
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	
Schleswig-Holstein	21 082	-	12 103	33 185	-	12 509	-	20 676	64	9 653	-	9 717	9 246	1	-	470	21 146	21 146
Niedersachsen	53 837	-	-	53 897	-	19 065	-	34 832	-	19 179	-	19 179	-	13	-	19 161	53 897	53 993
Nordrhein-Westfalen	20 841	-	23 006	83 847	1	18 664	286	64 896	48 240	17 643	1 869	67 750	23 735	1 822	45	42 147	109 081	107 043
Hessen	16 063	-	11 417	27 420	-	-	-	27 480	22 717	1	3	22 721	10 340	4	15	12 362	38 780	39 842
Württemberg-Baden	18 546	31	10 413	28 990	7	-	-	28 983	21 303	0	-	21 304	10 436	-	109	10 759	39 849	39 742
Bayern	57 311	-	16 512	74 323	-	-	-	74 323	31 449	-	5	31 454	16 469	5	13	14 968	89 260	89 290
Rheinland-Pfalz	16 589	-	637	15 952	-	502	-	15 450	1 520	1 669	7	3 395	407	-	-	2 788	18 106	18 238
Baden	10 218	-	-	10 218	-	773	-	9 445	23	736	-	759	-	-	-	759	10 241	10 704
Württemberg-Hohenzollern	6 925	-	-	6 925	-	-	-	6 925	1	-	-	1	-	-	-	1	6 926	6 926
Lindau	205	-	136	341	-	-	-	341	235	-	-	235	138	-	0	97	440	438
Länder zusammen	262 177	31	72 950	335 158	8	51 513	286	283 352	125 552	48 880	1 883	176 316	70 771	1 849	183	103 512	387 729	386 863
Hamburg	37 845	-	-	37 845	0	-	53	37 792	-	-	-	-	-	-	-	-	37 845	37 792
Bremen	12 478	-	-	12 478	-	-	1 920	10 558	-	-	-	-	-	-	-	-	12 478	10 558
Insgesamt	312 500	31	72 950	385 481	8	51 513	2 259	331 702	125 552	48 880	1 883	176 316	70 771	1 849	183	103 512	438 052	435 214



6. Ausgaben und Eigenausgaben für die Vollzugspolizei

- DM je Einwohner -

L a n d	Vermögenswirksame Ausgaben 1949 Insgesamt		Vermögenswirksame Ausgaben 1949	Gesamtausgaben 1) für 1949		davon für 1949 Land		Eigenausgaben für 1949 Land	
		darunter persönliche		für 1949	für 1948		Geme.(Gv.)		Geme.(Gv.)
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Schleswig-Holstein	11,03	9,09	0,09	11,12	10,41	11,08	0,04	9,90	1,15
Niedersachsen	10,64	8,16	0,10	10,74	10,63	10,58	0,16	5,84	4,30
Nordrhein-Westfalen	11,21	9,44	0,75	11,97	11,57	6,54	5,43	7,05	4,75
Hessen	11,52	10,22	0,54	12,16	12,27	5,63	6,53	8,68	3,22
Württemberg-Baden	14,53	12,47	0,78	15,31	13,95	7,44	7,85	11,34	4,05
Bayern	12,72	10,82	0,57	13,30	13,03	8,48	4,82	10,96	2,32
Rheinland-Pfalz	7,88	6,78	0,24	8,12	8,51	7,58	0,54	6,91	1,27
Baden	9,86	8,60	0,21	10,07	10,81	10,07	-	9,19	0,88
Württemberg-Hohenzollern	8,98	7,09	0,55	9,53	8,78	9,53	-	9,53	-
Lindau	8,56	7,01	1,28	9,83	10,84	6,46	3,37	8,39	2,17
Länder zusammen	11,43	9,58	0,51	11,94	11,64	8,05	3,89	8,47	3,32
Hamburg	32,44	28,59	0,86	33,32	33,75	33,33		23,28	
Bremen	30,31	27,03	2,94	33,25	31,55	33,24		28,50	
Insgesamt	12,33	10,40	0,55	12,88	12,58	9,16		9,51	

1) Ohne Zuweisungen an Gebietskörperschaften

7. Die speziellen Deckungsmittel der Länder und Gemeinden (Gv.) für die Vollzugspolizei

a) Rechnungsjahr 1949

- 1 000 DM -

Land / Art der Gebietskörperschaft		Insgesamt	Gebühren, Entgelte, Strafen	Zuweisungen von übrigen Körper- schaften, Verbän- den und Vereinen	Vermögenswirksame spezielle Deckungsmittel	Übrige
		1	2	3	4	5
Schleswig-Holstein		676	199	-	4	473
Niedersachsen		1 673	358	17	-	1 298
Nordrhein-Westfalen		6 747	512	199	4 582	1 454
Hessen	Land	362	11	-	-	351
	Gem. (Gv.)	630	381	-	37	212
	zusammen	992	392	-	37	563
Württemberg-Baden	Land	341	87	-	34	219
	Gem. (Gv.)	880	151	-	19	710
	zusammen	1 221	238	-	53	929
Bayern	Land	1 731	505	-	-	1 226
	Gem. (Gv.)	2 083	408	1	10	1 664
	zusammen	3 814	913	1	10	2 891
Rheinland-Pfalz	Land	930	744	-	0	186
	Gem. (Gv.)	52	36	-	-	16
	zusammen	982	780	-	0	202
Baden	Land	745	688	-	-	58
	Gem. (Gv.)	-	-	-	-	-
	zusammen	745	688	-	-	58
Württemberg-Hohenzollern	Land	62	0	-	-	62
	Gem. (Gv.)	-	-	-	-	-
	zusammen	62	0	-	-	62
Lindau	Land	12	4	-	-	8
	Gem. (Gv.)	7	1	-	-	6
	zusammen	19	5	-	-	14
Länder zusammen		16 931	4 085	217	4 686	7 943
Hamburg		935	578	-	27	331
Bremen		452	309	-	14	129
Insgesamt		18 318	4 972	217	4 727	8 403

7. Die speziellen Deckungsmittel der Länder und Gemeinden (Gv.) für die Vollzugspolizei

b) Rechnungsjahr 1948

- 1 000 DM -

Land / Art der Gebietskörperschaft		Insgesamt	Gebühren, Entgelte, Strafen	Zuweisungen von übrigen Körper- schaften, Verbän- den und Vereinen	Vermögenswirksame spezielle Deckungsmittel	Übrige
		1	2	3	4	5
Schleswig-Holstein		356	9	8	-	338
Niedersachsen		944	741	-	-	203
Nordrhein-Westfalen		5 785	395	80	3 537	1 793
Hessen	Land	179	3	-	-	176
	Gem.(Gv.)	1 062	779	0	8	275
	zusammen	1 241	782	0	8	451
Württemberg-Baden	Land	184	47	-	14	123
	Gem.(Gv.)	1 755	823	-	5	927
	zusammen	1 939	870	-	19	1 050
Bayern	Land	1 188	219	-	-	969
	Gem.(Gv.)	2 701	781	-	-	1 920
	zusammen	3 889	1 000	-	-	2 889
Rheinland-Pfalz	Land	706	589	-	-	117
	Gem.(Gv.)	126	99	1	-	26
	zusammen	832	688	1	-	143
Baden	Land	486	477	-	-	9
	Gem.(Gv.)	0	-	-	-	0
	zusammen	486	477	-	-	9
Württemberg-Hohenzollern	Land	29	0	-	-	29
	Gem.(Gv.)	-	-	-	-	-
	zusammen	29	0	-	-	29
Lindau	Land	7	1	-	-	6
	Gem.(Gv.)	5	0	-	-	4
	zusammen	12	1	-	-	10
Länder zusammen		15 512	4 963	69	3 564	8 915
Hamburg		493	179	-	-	313
Bremen		416	275	-	-	142
Insgesamt		16 421	5 417	69	3 564	7 372

8. Der Zuschussbedarf <sup>1)</sup> der Gebietskörperschaften im Verwaltungszweig Vollzugspolizei

a) Rechnungsjahr 1949

- 1 000 DM -

L a n d	Land	Gemeinden (Gv.)	d a v o n										Landkreise
			Stadtkreise				Kreisangehörige Gemeinden und Ämter						
			Zusammen	über 100 000 E	50 001 bis 100 000 E.	bis 50 000 E.	Zusammen	über 20 000 E.	10 001 bis 20 000 E.	5 001 bis 10 000 E.	3 001 bis 5 000 E.	Ämter	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	
Schleswig-Holstein	26 003	3 085	1 273	1 114	158	-	58	35	10	8	5	1	1 753
Niedersachsen	38 483	29 490	9 851	7 329	1 878	644	7	5	- 14	5	11	-	19 632
Nordrhein-Westfalen	85 390	60 679	37 190	32 295	4 094	801	852	374	132	86	23	236	22 537
Hessen	36 917	13 207	9 870	7 477	1 357	1 037	3 329	670	1 091	1 343	225	-	-
Württemberg-Baden	43 392	14 767	11 226	9 521	1 705	-	3 542	2 076	989	475	1	-	-
Bayern	99 268	19 313	17 420	10 805	3 013	3 602	1 893	146	447	1 192	108	-	0
Rheinland-Pfalz	19 041	3 627	2 468	479	1 394	595	1 159	215	317	400	98	129	.
Baden	11 033	1 133	634	357	-	277	498	225	214	60	-	-	-
Württemberg-Hohenzollern	10 678	0	-	-	-	-	0	-	-	0	0	-	-
Lindau	449	112	105	-	-	105	7	-	-	7	-	-	-
Länder zusammen	370 656	145 411	90 069	69 377	13 615	7 078	11 343	3 746	3 183	3 576	471	365	44 028
Hamburg	50 357		1) Der Zuschussbedarf der Gemeinden und Gv. bezieht sich nur auf die ordentliche Rechnung.										
Bremen	14 919												
Länder, Gemeinden (Gv.) und Hansestädte insgesamt	581 343												

1) Der Zuschussbedarf der Gemeinden und Gv. bezieht sich nur auf die ordentliche Rechnung.

8. Der Zuschussbedarf <sup>1)</sup> der Gebietskörperschaften im Verwaltungszweig Vollzugspolizei

b) Rechnungsjahr 1948

- 1 000 DM -

Land	Land	Gemeinden (Gv.)	davon											Landkreise
			Stadtkreise				Kreisangehörige Gemeinden und Ämter							
			Zusammen	über 100 000 E.	50 001 bis 100 000 E.	bis 50 000 E.	Zusammen	über 20 000 E.	10 001 bis 20 000 E.	5 001 bis 10 000 E.	3 001 bis 5 000 E.	bis 3 000 E.	Ämter	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
Schleswig-Holstein	20 333	458	204	153	50	-	14	12	3	-	-	-	-	239
Niedersachsen	33 888	19 160	5 582	2 897	1 659	1 026	-	-	-	-	-	-	-	13 579
Nordrhein-Westfalen	60 214	41 044	24 070	19 262	3 967	841	872	422	107	72	29	24	218	16 102
Hessen	27 301	11 300	8 914	7 109	859	945	2 363	355	770	1 073	134	31	-	22
Württemberg-Baden	28 799	9 005	6 708	.	.	-	2 297	1 913		372	12	-	-	-
Bayern	73 135	12 319	10 920	7 232	1 439	2 249	1 391	80	270	894	99	49	-	7
Rheinland-Pfalz	14 745	2 662	1 668	.	.	.	955	183	202	309	75	77	108	38
Baden	8 959	759	445	256	-	189	314	286		28		-	-	-
Württemberg-Hohenzollern	6 896	1	-	-	-	-	1	0	0	-	-	.	..	-
Lindau	334	92	93	-	-	93	- 0	-	-	- 0	-	-	..	..
Länder zusammen	274 604	96 800	58 604	.	.	.	8 207	4 603		3 097		182	327	29 987
Hamburg		37 298	1) Der Zuschussbedarf der Gemeinden und Gv. bezieht sich nur auf die ordentliche Rechnung:											
Bremen		10 142												
Länder, Gemeinden (Gv.) und Hansestädte insgesamt		418 845												

9. Der Zuschussbedarf der Gebietskörperschaften im Verwaltungszweig Vollzugspolizei

a) Rechnungsjahr 1949

- DM je Einwohner -

[illegible]

9. Der Zuschussbedarf der Gebietskörperschaften im Verwaltungszweig Vollzugspolizei

b) Rechnungsjahr 1948

DM je Einwohner -

L a n d	Land	Gemeinden (Gv.)	d a v o n						
			Stadtkreise	Kreisangehörige Gemeinden und Ämter					Landkreise
				Zusammen	über 10 000 E.	3 001 bis 10 000 E.	bis 3 000 E.	Ämter	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Schleswig-Holstein	10,01	0,23	0,41	0,01	0,04	-	-	-	0,16
Niedersachsen	6,68	3,79	4,91	-	-	-	-	-	3,45
Nordrhein-Westfalen	6,39	4,36	5,41	0,18	0,27	0,06	0,02	0,09	3,24
Hessen	8,63	3,57	10,37	1,03	4,94	1,98	0,02	-	6,01
Württemberg-Baden	10,09	3,16	7,60	1,17	4,33	0,76	-	-	-
Bayern	10,67	1,30	5,61	0,26	2,30	0,93	0,01	-	0,00
Rheinland-Pfalz	6,93	1,25	3,73	0,57	3,16	1,07	0,06	0,15	0,02
Baden	9,46	0,80	3,27	0,39	3,33	0,18	-	-	-
Württemberg-Hohenzollern	3,74	0,00	-	0,00	0,00	-	-	-	-
Lindau	8,22	2,26	6,70	0,00	-	0,00	-	-	-
Länder zusammen	8,25	2,91	5,65	0,35	1,08	0,54	0,01	0,09	1,31
Hamburg		33,27							
Bremen		25,74							
Länder, Gemeinden (Gv.) und Hansestädte insgesamt		12,03							



10 a. Ausgaben, Einnahmen und Zuschussbedarf der Gemeinden und Gv. für das Ordnungswesen für das

Rechnungsjahr 1949

- 1 000 DM -

Land	Ausgaben ohne Zuweisungen an Gebietskörperschaften			Zuweisungen				Erstattungen 1) (o.H.)	Eigen- ausgaben	Spezielle Deckungsmittel		Zuschuss- bedarf 3)
	insgesamt	darunter		an Land 1)	an Gemeinden und Gemeinde- verbände 1)	vom Land 2)	von Gemeinden und Gemeinde- verbänden 2)			zusammen	darunter: Gebühren, Entgelte, Strafen	
		persönliche	vermögens- wirksame									
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Schleswig-Holstein	4 618	3 979	9	20	4	99	1	9	4 533	1 908	1 819	2 625
Niedersachsen	7 942	6 686	55	39	2	31	2	4	7 948	5 666	5 540	2 202
Nordrhein-Westfalen	37 391	32 161	252	-	42	909	39	223	36 266	10 285	9 756	25 684
Hessen	8 718	7 324	73	2	0	188	3	18	8 512	2 457	2 276	6 055
Württemberg-Baden	9 331	8 016	105	-	2	12	0	8	9 313	3 129	2 924	6 132
Bayern	13 467	11 299	70	2	15	48	13	3	13 423	9 939	9 669	3 494
Rheinland-Pfalz	8 582	7 432	44	-	32	669	36	-	7 919	3 051	1 442	4 868
Baden	1 644	1 377	4	1	0	2	1	-	1 643	224	141	1 419
Württemberg-Hohenzollern	1 162	1 013	7	1	1	1	0	-	1 164	168	124	997
Lindau	52	41	-	-	-	-	-	-	52	74	72	22
Insgesamt	92 907	79 328	619	64	98	1 958	94	264	90 775	36 900	33 752	53 376

1) Nur Gemeinden über 3 000 Einwohner und Gv. 2) Einschl. Darlehen der Gemeinden bis 3 000 Einwohner. 3) Nur ordentliche Rechnung

10 b. Der Zuschussbedarf der Gemeinden und Gv. für die öffentliche Ordnung

im Rechnungsjahr 1949

L a n d	Insgesamt		Stadtkreise		Kreisangehörige Gemeinden			Landkreise	Ämter
					über	3 001 bis	bis		
					10 000 E.	10 000 E.	3 000 E.		
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
	- 1 000 DM -	- DM je E. -	- 1 000 DM -	- DM je E. -	- 1 000 DM -				
Schleswig-Holstein	2 625	0,97	1 581	2,37	664	181	32	74	93
Niedersachsen	2 282	0,33	2 363	1,51	384	196	155	816	-
Nordrhein-Westfalen	25 982	2,00	14 804	2,40	5 041	1 188	247	1 510	3 192
Hessen	6 055	1,41	3 124	2,62	588	1 012	1 038	233	-
Württemberg-Baden	6 182	1,60	3 371	2,78	929	885	487	510	-
Bayern	3 484	0,37	2 608	0,96	241	559	583	508	-
Rheinland-Pfalz	4 868	1,68	1 019	1,66	494	942	1 366	102	945
Baden	1 419	1,10	301	1,63	135	513	477	-	-
Württemberg Hohenzollern	997	0,88	-	-	572	273	152	-	-
Lindau	22	0,40	23	1,19	-	-	1	-	-
Insgesamt	53 874	1,19	29 148	2,03	9 047	5 749	4 532	1 167	4 230